

# Gewalt gegen Polizeibeamte

Die Ende Juni erhobene Forderung der DPoIG Thüringen zur Bildung einer Arbeitsgruppe zu Gewalt gegen Staats- und Kommunalbedienstete fand nicht nur unter unseren Kolleg(inn)en, sondern auch medial große Beachtung. Anstatt eine Arbeitsgruppe, welche sich ausschließlich mit Gewalt bei der Polizei befasst, und diese, ob gewollt oder nicht, einseitig belasten würde, geht der Vorschlag der DPoIG wesentlich weiter. Nicht eine Berufsgruppe als Sündenbock zu benennen, sondern Ursachen für steigende Gewaltbereitschaft gegen Polizisten, aber auch Rettungskräfte, Ärzte sowie Staats- und Kommunalbedienstete zu finden sowie im Ergebnis der Studie Handlungsanleitungen zum Stopp dieser Gewalt zu erarbeiten, ist das Ziel des DPoIG-Vorschlages.



© Privat

> Jürgen Loyen, Leiter der Landespolizeiinspektion Erfurt

## Impressum:

Landesverband  
und Redaktion:  
Deutsche Polizeigewerkschaft  
Thüringen e. V. unter Vorsitz von  
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)  
Schwerborner Straße 33  
99086 Erfurt  
Tel.: 0361.2657097  
Fax: 0361.2658959  
E-Mail:  
presse@DPoIG-Thueringen.de  
Twitter: @DPoIGThueringen  
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen  
bezeichnet und der Redaktion  
namentlich bekannt.

Das Thema Gewalt gegen Polizisten ist nicht neu. Ebenso wurde sich immer wieder damit beschäftigt. Jüngst sollte das Thema auch auf einem interdisziplinären Workshop zu Themen der Psychologie in der Arbeitswelt rundum Sicherheit und Gesundheit behandelt werden. Coronabedingt wurde dieser auf das kommende Jahr verschoben. In Vorbereitung des Workshops hat der Leiter der Landespolizeiinspektion Erfurt, Jürgen Loyen,

einen Vortrag zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ aus der Sicht und den Erfahrungen der LPI Erfurt erarbeitet. Dieser wurde uns von Jürgen Loyen zur Verfügung gestellt.

Aufgrund des Umfangs der aussagekräftigen Ausarbeitung ist es uns nur möglich, hier einige Auszüge zu veröffentlichen. Auszüge, die Lust auf mehr machen sollen und sicher auch eine Grundlage für die Arbeit der vorgeschla-

genen Arbeitsgruppe bilden können. Damit es nicht nur bei einem ersten Eindruck zur Arbeit von Jürgen Loyen bleibt, haben wir uns entschieden, den kompletten Vortrag auf unserer Webseite unter [www.dpolg-thueringen.de](http://www.dpolg-thueringen.de) zu veröffentlichen. Hier finden sich auch die Quellenangaben, auf welche wir aus Platzgründen verzichten mussten.

*Hier nun die Auszüge aus dem Vortrag:*

## > Lagebild

Zur besseren Orientierung im Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ bietet sich der Blick in das Bundeslagebild des Bundeskriminalamts (BKA), dem die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), insbesondere der Berichtsjahre 2017 und 2018, zugrunde liegen. Leider ist der Aussagegehalt des Bundeslagebilds erheblich eingeschränkt. So lassen sich wegen der Änderung im StGB und damit veränderter statistischer Erfassungsmodalitäten Zahlen aus 2018 nicht uneingeschränkt mit den Zahlen der Vorjahre vergleichen. Tendenziell nahmen bei 8 109 Gewaltstraftaten im Jahr 2018 die Gewaltdelikte zu. Der statistische Anstieg ist jedoch eher der Zunahme einfacher Straftaten wie Beleidigung, Bedrohung und einfacher Körperverletzung geschuldet und könnte Ausfluss der StGB-Änderung sein.

Bei den schwerwiegenden Straftaten wie vollendeten gefährlichen Körperverletzungen oder versuchten/vollendeten Tötungsdelikten sind seit Jahren deutliche Rückgänge zu verzeichnen.

Bei Betrachtung der Opferzahlen, also der von diesen Gewalttaten insgesamt Betroffenen, wird deutlich, dass immerhin 8,7 Prozent der Opfer aller Gewaltstraftaten Polizeibeamte sind, was letztlich die Gefährdung dieser Berufsgruppe ausdrückt.

Nachfolgend werden stichpunktartig wesentliche Erkenntnisse aus dem Bundeslagebild des BKA, ergänzt mit Ergebnissen diesbezüglicher Untersuchungen und Studien verschiedener Forschungseinrichtungen aufgeführt:

- Gemessen an der Zahl der Einwohner wurden in 2018 die meisten Straftaten in Berlin, Hamburg und Bremen, gefolgt von Thüringen, Saarland und Nordrhein-Westfalen registriert. Bei Betrachtung der absoluten Zahlen sind insbesondere die einwohnerstärksten Bundesländer führend, die naturgemäß über die meisten Polizeibeamten verfügen, nämlich Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern.
- Von den insgesamt 79 598 als Opfer von „Gewalttaten“ erfassten Polizeibeamten gehören 46,3 Prozent (2017: 44,3 Prozent) der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen an. Gerade diese Altersgruppe ist nach Beendigung von Ausbildung beziehungsweise Studium vorrangig im Streifendienst oder in Einsatzgruppen/-zügen tätig und gerät damit eher in konfliktbehaftete Situationen als beispielsweise Ermittlungsbeamte.
- Innerhalb der Polizeibeamten als Opfer sind bei den Gewalttaten insgesamt 81,4 Prozent Polizeivollzugsbeamte und 18,6 Prozent Polizeivollzugsbeamtinnen. Bundesweit besonders häufig betroffen von Verletzungen sind Streifenbeamte (mehr als 80 Pro-

zent). Bei Demonstrationen oder Fußballspielen ergeben sich gravierende Verletzungen offenbar auch deshalb seltener (8,4 Prozent beziehungsweise 2,9 Prozent), weil die Beamten wegen der zu erwartenden Angriffe häufiger Schutzkleidung tragen. Entsprechendes gilt für die Einsätze von Spezialeinheiten (SEK und MEK). Im Hinblick auf Demonstrationen verdient Beachtung, dass fast drei Viertel der schweren Verletzungen (sieben Tage und mehr Dienstunfähigkeit) durch Gewalttaten linker Demonstranten entstanden sind.

- In über 92 Prozent der Gewaltstraftaten handelt es sich um Einzeltäter (92,4 Prozent), dazu männlich (85,9 Prozent) und polizeibekannt (73,4 Prozent). Knapp 70 Prozent der 2018 der erfassten Straftäter besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, zwei Drittel waren älter als 25 Jahre. Mehr als jeder Zweite von ihnen hatte zudem vor der Tat Alkohol getrunken. Fasst man die drei Problembereiche Alkoholisierung, polizeiliche Vorauffälligkeit und ärztlich behandelte psychische Störungen zusammen, dann zeigt sich deutlich, mit welchem schwierigem Klientel es die Polizei bei Einsätzen zu tun hat, die zu Widerstandshandlungen führen. Mindestens eines der drei Probleme liegt in der Stichprobe der bayerischen Polizei bei 94,4 Prozent der Täter vor.
- Während bundesweit 30 Prozent der erfassten Straftäter nicht deutscher Herkunft sind, ist der Anteil in Großstädten (mindestens 500 000 Einwohner) nicht deutscher Täter bei über 50 Prozent.
- Laut Befund der Ruhr-Universität Bochum (RUB) aus dem Jahr 2017 ereigneten sich über 60 Prozent aller Übergriffe gegen Rettungskräfte zur Nachtzeit. In Städten über 500 000 Einwohnern kam es

doppelt so häufig zu Übergriffen auf Rettungskräfte als in Städten zwischen 100 000 und 500 000 Einwohnern. Besonders betroffen waren zudem Innenstädte.

- Laut Einschätzung befragter Polizeibeamter war in knapp 38 Prozent der Fälle von Gewaltanwendung das Motiv der Täter, sich nach Feststellung „auf frischer Tat“ der Festnahme zu entziehen. In über 30 Prozent der Fälle wurde als Motiv die Feindschaft der Täter gegenüber der Polizei beziehungsweise dem Staat angegeben. Als weitere Motive wurden Rache oder Wut, Befreiungsabsicht und politisch motivierte Gewalt angegeben.
- Detailliertere Auswertungen der bayerischen Polizei zu den Tatorten und Tatörtlichkeiten wie Gaststätten, Diskotheken, Vergnügungsstätten sowie sonstigen Veranstaltungsorten im Freien wie beispielsweise Volks- oder Faschingsfeste zeigen deutlich, welchen immensen Einfluss das Ausgeh- und Feierverhalten mit oft exzessivem Alkohol- oder Drogenkonsum auf die Tatörtlichkeiten von Widerstandshandlungen haben.

Insgesamt unterliegen die Zahlen der Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte großen Schwankungsbreiten und externen Einflüssen wie beispielsweise internationalen oder gesellschaftlichen Konflikten („Castor“, „Hambacher Forst“), Rechtsänderungen wie im Gaststättenrecht, Strafgesetzbuch oder gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen.

Im Ergebnis ist Aggression und Gewalt gegen Polizeibeamte wiederkehrender Bestandteil im Berufsalltag. Je nach Art des Einsatzanlasses kann die überwiegende Anzahl von Übergriffen aufgrund der Vorerfahrungen und der Einsatzsituation

(unter anderem Ereignisort, Einsatzanlass, Täterttypus) mit einem gewissen Grad an Wahrscheinlichkeit prognostiziert werden, in wenigen anderen Fällen wiederum trifft die Gewaltausübung die Polizeibeamten völlig unvorbereitet.

## ➤ Gesellschaftlicher Diskurs

Das Bundeskriminalamt fordert in seinem Bundeslagebericht die Intensivierung der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung im Hinblick auf die zunehmende Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung zur Reduzierung von Radikalisierungen.

Nach einer repräsentativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung vom November 2019 haben Politiker und Journalisten das geringste Ansehen. Ebenfalls kommen Gewerkschafter, Lehrer, Pfarrer, Soldaten und Polizisten nur auf niedrige Werte. Das mag auch ein Grund dafür sein, dass Polizisten, Rettungssanitäter, Feuerwehrleute und andere Berufsgruppen zunehmend Opfer von Pöbeleien und Angriffen sind.

Begibt man sich auf Ursachenforschung, so beschreiben Sozialwissenschaftler die wachsende soziale Ungerechtigkeit, gesellschaftliche Desintegration und Verrohung als Merkmale des gesellschaftlichen Wandels der letzten Jahre. Lebensstile und Denkweisen sind nicht mehr kompatibel mit einer auf Solidarität ausgerichteten Gesellschaft. Sozialrituale und Kulturrollen werden nicht mehr vermittelt. Es fehlt an einem gesellschaftlichen Grundkonsens. Ergebnisse dieser gesellschaftlichen Entwicklungen sind Individualisierung, übersteigerter Narzissmus und Zunahme von Ego-Taktikern, die ohne Rücksicht auf Verluste eigene Forderungen durchsetzen wollen.

Hier versagt nicht nur der Staat, sondern auch die vermeintliche Keimzelle des Staates, die Familien, wenn Eltern ihre erzieherische Verantwortung auf staatliche Institutionen wie Kindergärten und Schulen verlagern.

Im Beitrag des Spiegels „Die enthemmte Gesellschaft“ vom 19. März 2019 heißt es: „Was Menschen, die Opfer von hemmungslosen Übergriffen wurden, dabei erzählen, wirft ein ungemütliches Licht auf ein Land, in dem sich offenkundig derart viel Aggressivität aufgestaut hat, dass sie dringend einen Adressaten sucht. Irgendeinen. Natürlich hat es Alltagsübergriffe immer gegeben. Auffällig ist aber, dass Aggression sich heute vermehrt gegen Vertreter öffentlicher Institutionen zu richten scheint, gegen Uniformierte, die für den geregelten Umgang von Menschen mit Menschen sorgen.“ Und weiter heißt es: „Woher kommt diese Wut? Wahrscheinlich ist, dass nun in der sichtbaren Wirklichkeit ankommt, was über Jahre im Kunstlicht des Internets getestet worden ist – Beleidigung, Verleumdung, Verunglimpfung, Schmähung, Erniedrigung. Der Reiz dessen ist nicht abgeflaut, er richtet sich jetzt jedoch, wie es die Konfliktforscher schon vor Jahren vorhergesagt haben, auch gegen Vertreter des Staates.“

Im Ergebnis muss konstatiert werden, dass gesellschaftliche Fehlentwicklungen und soziale Disbalancen Spannungsfelder erzeugen, in denen Staatsbedienstete, insbesondere Polizeibeamte, als Blitzableiter herhalten müssen.

Nach Erkenntnis von Professor Tilmann Eckloff würden Autoritäten nicht mehr einfach anerkannt, bloß weil sie eine bestimmte Position innehaben. Das zeige sich beim Chef ebenso wie bei Polizisten oder Lehrern. Stattdessen ließen sich immer mehr Menschen bei der Entscheidung, wem sie Respekt zollen wollen und wem nicht, von einem diffusen inneren Gefühl leiten. Das habe positive Auswirkungen, weil Hierarchien flacher werden. Preußischen Gehorsam gebe es nicht mehr und den wolle auch kaum jemand zurück. Doch diese Entwicklung bringe dennoch auch große Probleme mit sich – und die bekämen ausge-rechnet die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu spüren. Autoritäten würden dort nicht mehr wahrgenommen.

Bei verbalen und gewalttätigen Übergriffen versage nach Eckloff der horizontale Respekt, der Respekt nämlich, den man vor anderen Personen habe, weil man sie als gleichwertige Menschen wahrnimmt und ihnen auf moralisch gleicher Ebene begegnet. Staats-

diener bezögen daher leicht Prügel stellvertretend für den Staat, der als ungerecht empfunden wird.

Die Verunsicherung der Polizeibeamten nimmt in der zum Teil sehr stark auseinanderdriftenden gesellschaftlichen Diskussion noch zu, wenn in manchen Regionen nur geringer politischer Rückhalt für die Polizei spürbar ist. Diese Verunsicherung könnte sich kontraproduktiv auf ein von Souveränität, Konsequenz und Stringenz ausgerichtetes polizeiliches Einschreiten, dem sich die Polizei in der Mehrzahl der Fälle nicht entziehen kann, auswirken.

Ansatzpunkte für eine dauerhafte und nachhaltige Verbesserung der dargestellten Gewaltproblematik sieht Prof. Dr. Dr. Markus Thiel darin, das Ansehen der Polizei und der handelnden Beamtinnen und Beamten zu steigern, den Respekt wiederherzustellen und die Hemmschwelle für Rechtsgutverletzungen anzuheben.

Im Rahmen der vom Bundeskriminalamt zitierten interaktiven Interaktionsprozesse bedarf es zudem hochprofessioneller Polizeibeamter, die im Spannungsfeld unterschiedlichster Einsatzsituationen laugeangepasst und flexibel handeln. Das Portfolio reicht von Hilfeleistungen gegenüber

hilfsbedürftigen Menschen, präventiven und repressiven Einschreitesituationen bis hin zum Stoppen des Täterhandelns anlässlich eines terroristischen Anschlages. Professionelle verbale und nonverbale Kommunikation zur Beruhigung von Situationen, rechts-sicheres Auftreten, abgestuftes deeskalatives Einschreiten bis hin zur zielgerichteten Tötung von Amoktätern oder Terroristen sind nur einige der Optionen, die der Polizeivollzugsbeamte als Repertoire an Handlungsoptionen vorweisen können muss.

Im Sinne weitestgehend gewalt- und konfliktfreier Rechtsanwendung muss in der Personalentwicklung darauf hingewirkt werden, dass die Bediensteten, die eine formale Position haben, eben auch die Qualifikation haben, diese Position angemessen auszufüllen. Bei Fehlen von Professionalität potenziert sich die Wahrscheinlichkeit, dass die Polizei ihre Maßnahmen nicht ohne zusätzliche Gegenwehr bis hin zu körperlichen Angriffen umsetzen kann. Und in direkter Folge von zögerlichem, unsicherem oder inkonsequentem Handeln steigt die Wahrscheinlichkeit von psychischen und physischen Gesundheitsschäden sowohl der Polizeibeamten wie auch der Adressaten polizeilicher Maßnahmen.

## Der Kommentar

### Die Polizei darf nicht der Prügelknabe aller Unzufriedenen sein

Sie ist nicht neu, die Diskussion um das Verhalten von Polizeibeamten. Immer wieder wird aus gewissen Kreisen heraus der Versuch gestartet, einen ganzen Berufsstand pauschal zu diskreditieren und in Verruf zu bringen. Die Gründe hierfür mögen unterschiedlich sein, aber bei genauerem Hinschauen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass persönliche Aversionen gegen den Staat und insbesondere die Polizei als Teil der Exekutive eine dominante Rolle spielen.

Schnell wird mit Parolen wie die Polizei sei rassistisch, gewalttätig und unangemessen in ihrem Handeln um sich geworfen. Auch wenn es hier an Beweisen fehlt, die solch einen pauschalen Vorwurf untermauern würden. Damit könnte man irgendwie noch hinnehmen, wenn man es dabei belassen würde. Offensichtlich geben sich



© Archiv

Kritiker der Polizei nicht damit zufrieden. Vielmehr wird versucht, die Polizistinnen und Polizisten persönlich zu diskreditieren. Jüngste Beispiele sind ein Beitrag in der taz, nachdem Polizisten gleich auf dem Müll entsorgt werden sollen, oder ein Tweet der Fridays-for-Future-Bewegung aus Weimar, in welchem unterstellt wird, dass die Polizei diskriminiert, mordet und hehlt. Auch wenn dieser Tweet nach massiven Protesten und einer Strafanzeige relativiert wurde, so zeigt er, wie in einigen Kreisen über die Polizei gedacht wird.

Kreise, welche sich lautstark gegen Rassismus und die Ausgrenzung von Gruppen von Menschen wenden, was auch berechtigt ist. Doch warum für diese Kreise dann nicht alle Menschen gleichbehandelt werden sollen, sondern eine ganze Berufsgruppe in bester rassistischer Manier verunglimpft und ausgegrenzt wird, bleibt ein Rätsel.

Ich möchte hier keinen Persilschein für alle Polizisten ausstellen. Sie sind eben auch nur Menschen, und wo Menschen handeln, passieren auch Fehler. Polizisten sind keine Roboter oder eine weit über allen stehende Berufsgruppe. Auch bei der Polizei ist es wie in allen Berufsgruppen. Sie spiegeln die Gesellschaft wider. Da gibt es die überwältigende Gruppe derer, welche ihren Job gut und mit Liebe zu diesem tun. Einige stechen durch besondere Leistungen und Kenntnisse hervor und einige wenige haben wohl den falschen Beruf gewählt. Hier ist es völlig egal, welche Berufsgruppe betrachtet wird. Ob bei Ärzten, Lehrern, Kraftfahrern, Handwerkern oder wem auch immer, die Ergebnisse werden immer ähnlich sein.

Von Ärzten wird erwartet, dass sie immer wieder heilen – gelingt dies nicht oder sterben Patienten, dann ist die Enttäuschung und der persönliche Frust auf die Ärzteschaft groß. Auch hier gibt es eine Diskrepanz zwischen den Erwartungshaltungen und dem wirklich Machbaren. Menschen können dauerhaft erkranken, und wenn die Zeit gekommen ist, dann müssen sie sterben. Das mag einem gefallen oder auch nicht, aber es sind Realitäten, an denen man nicht vorbeikommt.

Extremer sind die Erwartungshaltungen an die Polizei. Sie sollen im Idealfall immer helfen und die eigene Position unterstützen. Dies bei einem Unfall genauso wie bei der Absicherung des Demonstrationsrechts. Wichtig ist, dass die eigene Position gestützt und die des vermeintlichen Gegners als falsch und absurd gebrandmarkt wird. Wer so etwas erwartet, hat die Aufgabe der Polizei nicht verstanden. Leider ist diese Anspruchshaltung auch in Abgeordnetenkreisen zu beobachten. Wobei gerade Vertreter der Legislative es besser wissen müssten. Doch auch hier ist der beschriebene Durchschnitt der Gesellschaft zu finden.

Polizisten sind in fast allen Fällen als Vermittler und Beschützer tätig. Gerade in der Vermittlerrolle wird es kaum gelingen, es allen Parteien recht zu machen. Sie nehmen meist Sachverhalte auf, um Vorgänge zu protokollieren. Das ist die vornehmliche Aufgabe der Polizei. Sie sind keine Richter und sollten dies auch nicht sein. Leider wird gerade diese Tatsache oft übersehen.

Andererseits leben wir in einem Rechtsstaat, in welchem Handlungsnormen durch Gesetze und Verordnungen vorgegeben werden. Auch hier wird oft angenommen, dass diese Gesetze durch die Polizei erlassen werden. Ein Trugschluss, welcher sicher oft

dazu beiträgt, dass die Polizei in ihrem Handeln in einem falschen Licht erscheint. Schreitet die Polizei bei Verstößen gegen gesetzlich festgelegte Normen ein, dann geschieht dies nicht zuletzt auch zum Schutz derer, welche sich an gesetzliche Vorgaben halten. Wer das nicht akzeptieren will, sollte sich an den Gesetzgeber wenden und nicht in der Polizei einen Sündenbock suchen. Ein besonderes Privileg hat die Polizei schon. Polizistinnen und Polizisten sind die Einzigen, welche innerhalb der Zivilgesellschaft auch physische Gewalt anwenden dürfen. Gerade in Deutschland darf dies nur in einem vorgegebenen und begrenzten Rahmen sowie als letztes Mittel erfolgen. Das ist auch gut so, denn wer möchte wirklich, dass Bürgerwehren oder andere Gruppierungen ihre Auffassungen von Recht durch Anwendung von Gewalt durchsetzen.

Anwendung von Gewalt setzt auch immer ein Handeln der Gegenseite voraus. Je nach Intensität der einer polizeilichen Gewaltanwendung vorausgegangen Handlungen sowie des Scheiterns gewaltfreier Bemühungen (Deeskalation) seitens der Polizei wird der Einsatz von Gewalt erforderlich sein. Es dürfte klar sein, dass niemand physische Gewalt möchte, wenn es dann doch zur Anwendung dieser kommt, so wird die Schuld immer bei der Polizei gesucht. Dass man selbst den Grund dafür geliefert haben könnte, wird meist völlig ausgeschlossen.

Hinzu kommt, dass Gewaltanwendung meist in einer emotional aufgeladenen Situation auf beiden Seiten stattfindet. In beiden Fällen treffen Menschen aufeinander, welche auch als solche reagieren oder leider auch einmal überreagieren. Zwar wird unsere Polizei für solche Fälle gut und intensiv geschult, aber jede Einsatzsituation ist einzigartig und lässt sich nicht immer vorhersehen. Treten Fehler seitens der Polizei auf, so gibt es eine Fehlerkultur innerhalb der Polizei, welche solches Verhalten aufarbeitet und Schlüsse für zukünftiges Handeln zieht. Das dies funktioniert, zeigt sich im Vergleich mit polizeilichem Handeln anderer Länder. So ist ein Gleichsetzen der Handlungen der Polizei in den USA mit dem der deutschen Polizei mehr als unseriös.

Dennoch steigt die Bereitschaft zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Und nicht nur gegen diese. Auch Ärzte, Feuerwehr und Rettungskräfte sind zunehmend Opfer von Gewalt gegen ihren Berufsstand. Die Ursachen hierfür mögen durchaus unterschiedlich sein. In jedem Fall befinden wir uns in einer zunehmenden Spirale der Gewalt gegen Menschen, welche ursprünglich angetreten sind, um mit ihrer Berufswahl anderen Menschen zu helfen. Bei der Polizei kommt erschwerend hinzu, dass viele Menschen glauben, unsere Kolleg(inn)en nicht als vollwertige Menschen respektieren zu müssen, sondern durch Diffamierungskampagnen ihnen das Recht des Menschseins absprechen wollen. Leider sind auch Politiker unter diesen Menschen.

Um der Spirale der Gewalt ein Ende zu bereiten, hat die DPoIG in Thüringen vorgeschlagen, eine Studie ins Leben zu rufen, welche sich mit Ursachen der Gewalt im gesellschaftlichen Kontext befasst, und die im Ergebnis dazu führen soll, Maßnahmen zur Eindämmung der Gewaltbereitschaft vorzuschlagen, welche dann sukzessive umgesetzt werden sollen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Vorschlag auch seitens der Politik unterstützt wird.

**Roland Spitzer**